

Gesundheit | Verfahren für Umfrage über ausserkantonale Hospitalisierung wird angepasst

Staatsrätin muss zurückrudern

WALLIS | Um die Gründe für den Walliser Patientenexodus zu erforschen, plant das zuständige Departement eine Umfrage bei den Patienten, die sich ausserhalb des Kantons behandeln liessen. Aus Datenschutzbedenken wird das Verfahren nun angepasst.

Ursprünglich war vorgesehen, dass ein Privatunternehmen für die telefonische Umfrage beauftragt wird. Um repräsentative Aussagen machen zu können, wären 1000 Personen, die sich in den letzten Jahren ausserhalb des Kantons behandeln liessen, befragt worden – sofern sie gegen diese Befragung nichts einzuwenden hätten.

Rechtsgutachten sorgt für Umdenken

Genau hier liegt aber die Krux: Jeder Patient hätte bei der Kontaktierung durch das Umfrageinstitut seine Teilnahme zwar verweigern können. Allein der Umstand aber, dass das Gesundheitsdepartement die Koordinaten – Name, Vorname, Adresse, Alter, Geschlecht – gepaart mit dem Wissen über den ausserkantonalen Spitalaufenthalt an ein externes Unternehmen veräussert hätte, zwang die zuständige Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten nun, das Verfahren anzupassen.

Der kantonale Datenschutzbeauftragte Sébastien Fanti hatte dem ursprünglichen Vorgehen aufgrund der dem Umfrageinstitut auferlegten Vertrauensklauseln anfangs zwar zugestimmt. Wie die Staatskanzlei gestern aber mitteilte, empfiehlt Fanti jetzt aufgrund eines Rechtsgutachtens des Jus-Professors Wolfgang Wohlers (Uni Basel), die Zustimmung der betreffenden Patienten vor der



Auf Nummer sicher. Esther Waeber-Kalbermatten wollte bei den sensiblen Daten kein Risiko eingehen.

FOTOWB

Übermittlung ihrer Daten an das Umfrageinstitut einzuholen.

Patientenverband zufrieden

Folglich sollen die Patienten jetzt direkt von Mitarbeitern des Gesundheitsdepartements, die sich ohnehin ans Amtsgeheimnis halten müssen, kontaktiert und um Erlaubnis gefragt werden. Erst dann werden die Daten – bei einer Zusage – an das Umfrageinstitut weitergeleitet. Damit kommen die Behörden auch den Forderungen des Patientenverbands ADPVaI nach, der das anfängliche Vorgehen aus Da-

tenschutzgründen kritisiert hatte und deshalb bei der Gesundheitsdirektorin intervenierte (WB vom 18. Juli). «Sehr erfreut» zeigt sich demnach Verbandspräsident Michel Ducrot.

Weniger erfreut dürften die Verantwortlichen des Spital Wallis und die zuständige Departementsvorsteherin sein. Wie Waeber-Kalbermatten auf Anfrage bestätigt, verursache die Umfrage nun mehr Kosten, da das Departement die Ressourcen bereitstellen muss, um die 1000 Patienten «abzutelefonieren». Auch

müsse davon ausgegangen werden, dass es nun länger dauern wird, bis man die Gründe des Patientenexodus genauer erklären kann. Allein im Jahr 2014 haben sich mehr als 5500 Patienten aus dem Wallis im Rahmen der Krankenversicherung ausserhalb des Kantons behandeln lassen. Diese Behandlungen verursachten für den Kanton Kosten in der Höhe von etwa 50 Mio. Franken. Für die etwa die Hälfte der ausserkantonale behandelten Patienten wäre die entsprechende Leistung auch im Wallis verfügbar gewesen. **dab**